

**Protokoll
über die Beratung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und
Rechte der Minderheiten am 07.05.2008**

Anwesend: s. Anwesenheitsliste (Anlage)
Ort: Technisches Rathaus, Raum 1.001/1.002
Leitung: Vorsitzender, Herr Dr. Fischer

I. Öffentlicher Teil

Herr Dr. Fischer eröffnet die Sitzung und begrüßt alle anwesenden Mitglieder und Gäste.

TOP 1: Bestätigung der Tagesordnung

Es werden zwei Ergänzungen der Tagesordnung beantragt:

zu TOP 5 Sonstiges:

- 1. Information zum Gesamtkonzept StVV-Antrag 014/08 durch Herrn Weiße**
- 2. Herr Richter bittet darum, im nicht öffentlichen Teil eine Information zu geben.**

Die Tagesordnung wird in der geänderten Fassung einstimmig bestätigt.

TOP 2: Protokollkontrolle

Zum Protokoll vom 02.04.2008 gibt es keine Beanstandungen, Ergänzungen oder Hinweise.

Das Protokoll wird einstimmig bestätigt.

TOP 3: Berichte und Informationen

**TOP 3.1. Berichterstattung der ARGE
v.: JobCenter, Frau Wiesner**

Herr Dr. Fischer erteilt der Geschäftsführerin der ARGE, Frau Wiesner, das Wort.

Frau Wiesner verteilt an alle Anwesenden den Bericht der 16. Sitzung der Trägerversammlung der ARGE JobCenter Cottbus und erläutert diesen.

Herr Schulz möchte zwei Fragen beantwortet haben:

Wie viele Arbeitslose hat die Stadt Cottbus insgesamt? Wie viele Menschen sind in Maßnahmen integriert?

Frau Wiesner berichtet, dass es 6.127 Arbeitslose gibt, davon 686 unter 25. Zur zweiten Frage verweist **Frau Wiesner** auf die Seite 32 des Berichtes.

Herr Schulz bittet um Angaben der kompletten Zahlen von der Agentur für Arbeit und der ARGE.

Frau Wiesner wird versuchen, die Zahlen bis zur nächsten Ausschusssitzung detailliert darzustellen.

Herr Dr. Fischer äußert, dass die Zahlen für die Stadt Cottbus interessant sind. Es sollte auch das Thema der „Aufstocker“ thematisiert oder als extra Thema besprochen werden.

Herr Schulz fragt weiter an, ob es bereits ein Urteil zur Umstrukturierung der ARGE gibt.

Dazu äußert Frau **Wiesner**, dass es noch keine bindenden Entscheidungen dazu gibt. Die Weisungslage muss abgewartet werden.

Herr Dr. Fischer informiert zu einem neuen europäischen Förderprogramm „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier“ im Rahmen „Soziale Stadt“ (BIWAQ für unter 25-jährige).

Herr Dr. Fischer bedankt sich bei Frau Wiesner für die Ausführungen.

TOP 3.2 Information zu Kommunal-Kombi

Herr Weiße stellt die derzeitige Antragsituation dar. Der Prozess der Antragsbearbeitung beim Bundesverwaltungsamt in Köln hat begonnen. Nach Informationen durch das Bundesverwaltungsamt kann ab dem 1. Juli 2008 mit den ersten Projekten begonnen werden. Die Bewilligung durch das Bundesverwaltungsgericht muss aber abgewartet werden.

Herr Weiße informiert, dass **Frau Duhra** einen Mitarbeiter zur Unterstützung bekommen hat.

Frau Duhra informiert zum Sachstand der Anträge durch gemeinwohlorientierte Unternehmen in der Stadt Cottbus:

Es liegen derzeit 66 Anträge vor, darin enthalten sind zurzeit 150 Stellen. Laut Kontingentierung sind aber nur 137 Stellen für das laufende Jahr förderfähig.

Für 76 Stellen konnte die Benehmstellung durch die Stadt Cottbus hergestellt werden. Vom Bundesverwaltungsamt Köln haben diese Träger Rückantworten erhalten, mit dem Inhalt, dass mit einer Bearbeitungszeit von bei 6 bis 8 Wochen zu rechnen ist. Mitte Juni 2008 werden die ersten Projektbewilligungen mit einem Programmstart zum 01. Juli 2008 erwartet.

Derzeit werden noch sehr viele Trägergespräche geführt.

Am 20.05.2008 oder 22.05.2008 findet die nächste Projektgruppensitzung statt. Hier werden neue Benehmensstellungen erfolgen.

Herr Dr. Fischer äußert, dass die Interessenbekundung für das Kommunal-Kombi-Modell hoch ist. Dies verdeutlicht sich auch in den Antragszahlen. Viele Träger sind sehr zufrieden mit der Beantragung und Bearbeitung der Anträge bei der Stadt Cottbus.

Herr Weiße stellt fest, dass die Träger bei der Finanzierung der Stellen aufgrund des späteren Projektbeginns keinen Nachteil haben werden. Der Bewilligungszeitraum verlängert sich damit in das Jahr 2011.

Frau Duhra informiert, dass ein Gespräch mit dem MASGF über die Landesmittel geführt wurde. Darin wurde versucht darzulegen, dass auch die Landesmittel in das Jahr 2009 mitzunehmen sind. Die Geldübertragung wird derzeit geprüft.

Herr Dr. Fischer bedankt sich bei Herrn Weiße und Frau Duhra für die Ausführungen.

**TOP 3.3. Sozialreport 2007 (2. Lesung)
v.: Fachbereich 50, Frau Dieckmann**

Herr Richter bemerkt, dass der Sozialreport ein sehr kompaktes Material ist. Die letzten Sätze bei jedem Punkt sind auffällig. **Herr Richter** fragt an, ob man mit dem Doppelhaushalt 2008/2009 hinkommt und ob man heute schon eine qualifizierte Aussage hierzu treffen kann.

Frau Dieckmann äußert hierzu, wenn sich die Steigerungsraten so fortsetzen wie bisher kommen wir mit dem Haushalt hin; bei weiter steigender Tendenz wird es mit dem Haushalt eng.

Der Sozialreport wurde als Ist-Stand im Vergleich mit den 3 Jahren zuvor gestaltet; bestimmte Themenfelder wurden spezialisiert. **Frau Dieckmann** weist darauf hin, dass eine neue Form der Berichterstattung gesucht wird, an der auch die freien Träger und die LIGA beteiligt sein sollen, um eine neue Qualität des Berichtswesens zu erreichen.

Herr Dr. Fischer weist darauf hin, dass vereinbart wurde, einen Armutsbericht zu erstellen, deshalb wurde von der Verwaltung der Sozialreport 2007 als neues Arbeitspapier erarbeitet. **Herr Dr. Fischer** hat einige Anfragen dazu:

- 1.1 Hilfe zum Lebensunterhalt
Er bittet um eine Aussage zur Ursache der Bedürftigkeit

Frau Dieckmann antwortet, dass es sich dabei um Personen handelt, die bei der ARGE keine Ansprüche mehr aufweisen und daher Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten, da es sich laut Aussage der ARGE um nicht erwerbsfähige, aber noch nicht berentete Personen handelt.

- 1.2 Anfrage zur Grundsicherung im Alter
Gibt es hier Aussagen zum Anteil Männer/Frauen?

Frau Dieckmann sichert eine entsprechende Zuarbeit zu.

- 1.3 Eingliederungshilfe
Gibt es hier bestimmte Konzentrationen in den Stadtteilen/Sozialräumen?

2. Asylbewerberleistungsgesetz
Wie viel Personen wurden abgeschoben oder anerkannt?
Zuarbeit wird von **Frau Dieckmann** zugesichert.

- 3.2 Kosten der Unterkunft
Wie viele minderjährige Kinder sind in den Bedarfsgemeinschaften betroffen?

Frau Dieckmann gibt hier zu Bedenken, dass die statistischen Erhebungen durch den Bund geführt werden und in der Regelstatistik der Bundesagentur für Arbeit darüber keine Aussage getroffen wird.

Weiterhin bittet **Herr Dr. Fischer** um eine Ergänzung zu den Aussagen zur Inanspruchnahme des Cottbus-Passes und um Aufnahme in den Sozialreport.

Frau Dieckmann versichert abschließend, dass die Hinweise in den Sozialreport mit aufgenommen werden und dieser dann im nächsten Ausschuss vorliegt.

TOP 4.: Beschlussvorlagen

keine

TOP 5. Sonstiges

Information zum aktuellen Sachstand der Ausschreibung des Übergangwohnheimes

Frau Duhra berichtet, dass eine Information zur Ausschreibung des Übergangwohnheimes im Ausschuss des Monats März erfolgt ist.

Darin wurde unter anderem ausgeführt, dass ein Schiedsstellenverfahren bei der Vergabekammer anhängig ist.

Das Ergebnis des Verfahrens kann nun bekannt gegeben werden.

Entsprechend dem Beschluss hat die Stadt Cottbus eine erneute europaweite Ausschreibung durchzuführen. Beigeladen war ebenfalls der jetzige Betreiber – Malteser Werke e. V.

Die Vertreter der Stadtverwaltung Cottbus, hier Servicebereich Recht, Büro OB - Vergabestelle, Fachbereich Soziales und das Rechtsanwaltsbüro Cattien und Partner, haben sich daraufhin verständigt, nicht gegen diese Entscheidung vor das Oberlandesgericht zu gehen.

Die Malteserwerke haben jedoch Klage beim Oberlandesgericht eingereicht und fordern eine gerichtliche Entscheidung. Daher ruht derzeit das Neuverfahren zur Ausschreibung bis zur richterlichen Rechtssprechung.

Information zum Rahmenkonzept im Sozial- und Jugendbereich (STVV-Antrag 014/08)

Herr Weiße informiert hierzu und zeigt auf, dass die Richtung eines gesamtstädtischen Konzeptes wie z. B. das INSEK ein wichtiger und richtiger Schritt ist. Die Einzelplanungen der Fachbereiche sollen in einem Guss laufen. Alleine im Baubereich laufen 30 Fachplanungen. Die Vernetzung der Einzelplanungen soll erkennbar sein. Die Aufgabe heißt, die anderen Planungen rhythmisch anzupassen. Die Jugendhilfe- und Kitaplanung sollen im Oktober 2008 beschlossen sein. Vernetzungen müssen dargestellt und Einzeldokumente verschlankt werden. Im Dezember 2008 soll die Vernetzung vorliegen, die sowohl die demografische als auch die Stadtentwicklungsplanung umfasst.

Herr Schulz bemerkt hierzu, dass die Intention eine ganz andere ist. Mit Frau Tzschoppe wurde anhand des Baubereiches versucht zu erklären, wo die Entwicklung hin geht. Man könnte die Übersichten anhand von Folien übersichtlicher gestalten, z. B.

1. Stadt Cottbus – Grenze X
2. Gewerbeentwicklung
3. Einzelhandel
4. Schulentwicklungskonzept
5. Wohnbebauung

Die Intention und inhaltliche Verknüpfung der Kitaentwicklung/Schulentwicklung ist zahlenmäßig anzupassen, in Cottbus verteilte Kitas und Schulen, wo ist die Wohnbebauung.

Hierzu erklärt **Herr Weiße**, dass es so einfach nicht sein wird, dies mit Folien darzustellen. Synergien müssen dargestellt werden. Ob sich daraus Aussagen ableiten lassen, ist abzuwarten.

Herr Dr. Fischer äußert, dass sich die Stadt als schrumpfende Stadt entwickelt. Es gibt Überkapazitäten. Die Fachplanungen müssen darauf abgestimmt sein.

Herr Schulz bemerkt nochmals, dass die Grundintension dahin gehen sollte, die Konzepte folienseitig übereinander zu packen. Der Hintergrund sollte sein, den Menschen zu sagen, wo die Entwicklung der Stadt bis zum Jahr 2020 hingeht. Die drei eingemeindeten Orte entfernen sich immer weiter von der Stadt. Herr Schulz weiß aus Gesprächen, dass es Probleme gibt, die Nahverkehrsplanung abzusichern. Es sollte Ehrlichkeit dahinter stecken. Er betrachtet die Diskussion nicht als Wahlkampfthema.

Herr Richter ist der Meinung, dass diese Probleme nicht im Ausschuss geklärt werden können.

Herr Schulz will die Thematik in der CDU-Fraktion ansprechen.

Dr. Fischer beendet hier die Diskussion.

Der öffentliche Teil endet um 19.00 Uhr.

gez. Dr. Fischer
Vorsitzender

gez. Werner
Protokollantin

